

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1/2 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die festgelegte Zeitfolge 0 Pfennig, die Reflektoren 10 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnik, Stolpe



für ehem. Hofjagdvier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neuzeitgehaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 43. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Sonntag, den 15. März 1925 Postfach-Konto Berlin 69448. 24. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ich mache darauf aufmerksam, daß bei Schneefall, Eis und Glätte der Bürgerfahrgang in einer Breite von 1 1/2 Metern sowohl von Schnee als auch von Eis zu befreien und mit abblumenden Stoffen zu besäen ist. Hausmüll, Äsche und Restriß darf hierzu nicht verwendet werden. Sämtliche haben Befragung zu erwarten.

Birkenwerder, den 14. März 1925.

Der Amtsvorsteher J. B. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Sitzungsanmeldung.

Die Mitglieder der Gemeindeverwaltung werden hiermit zu einer Sitzung am Montag, den 16. März 3. U., abends 7 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses unter dem Hinweis eingeladen, daß die in der Sitzung nicht anwesenden Mitglieder an die gefassten Beschlüsse gebunden sind.

Tagesordnung:

1. Beschlüsse der Durchföhrung einer Vertragsänderung.
2. Erhöhung einer Bürgerfahrgang.
3. Verleihung des Gemeindevorsteher.

Die diesjährige Pacht für die Gemeindegrundstücke ist bis zum 20. d. Mts. in der hiesigen Gemeindekasse in gleicher Höhe wie im vorigen Jahre zu entrichten. Die Verjährung des Zahlungsanspruchs steht die Aufnahme des Pachtverhältnisses ohne besondere Genehmigung nach sich. Die für das Gemeindegrundstück Hauptstraße 118 (früheres Baumgartengrundstück) und die für die unbebauten Siedlungsparzellen abgelaufenen Pachtverträge werden infolge anderweitiger Inanspruchnahme der Flächen durch die Gemeinde auf Grund der Pachtbedingungen mit sofortiger Wirkung hiermit aufgehoben. Die nicht aufgehobenen Pachtverträge laufen im Oktober n. J. ab.

Birkenwerder, den 14. März 1925.

Der stellv. Gemeindevorsteher J. B. Rosenau, Gemeindevorsteher

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Steuerzahlung.

Die Hauszins- und Grundvermögenssteuer für März sind bis zum 16. d. Mts. zu zahlen.

Was gibt es Neues.

- Der preussische Ministerpräsident Marx verhandelt über die Bildung eines Beamtensabinetts.
- Der von Loebell-Ausschuß aufgestellte Präsidentschaftskandidat Dr. Jarres ist in Berlin eingetroffen.
- Der Völkerverbund verlegte auf Antrag Beneshs die Entscheidung über das Genier Protokoll bis zum Herbst.
- Der Völkerverbund hat den Saargouverneuren, den Franzosen Knauff, für ein weiteres Jahr befristet.
- Im Magdeburger Bezirk wurde Scheidemann vernommen.
- Im Varmat-Ausschuß des preussischen Landtages wurde die Verteidigung Helmanns beantragt.

Soughtongs Urteil.

„Das ist Quatsch!“ So hat sich mit nordamerikanischen Offenheit und Schärfe der bisherige Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Mr. Soughton, über die Pariser Behauptungen von den unerfüllten deutschen Abrüstung und den Revanchegedanken, die bei uns zu Hause sein sollen, geäußert. Dieser derbe Ausspruch aus dem Munde eines Staatsmannes, der Deutschland genau kennt, hat großes Aufsehen und in Paris ein heftiges Mißbehagen erregt, und Ministerpräsident Herriot und Warshawski, die besonders die Auffassung vertreten, Deutschland habe nicht abgerüstet, könne die kläner Zone nicht zurückhalten und müsse unter dauernder militärischer Kontrolle bleiben, werden sich diese Kritik ihrer Anschauungen über Deutschland nicht ins Stammbuch schreiben; denn von dieser Kritik werden auch sie in nicht mißzuverstehender Weise berührt, wenigstens Soughton ihre Namen nicht ausdrücklich genannt hat.

Der Botschafter hat diese Äußerung nicht in amtlicher Eigenschaft, wohl aber zu Pressevertretern, also für die Öffentlichkeit getan, und sie kann in ihrem Kern nicht ausgelöscht werden, wenn man auch von der einen oder anderen Seite versuchen mag, sie abzuschwächen. Fest steht also, daß ein hoher, in Amt und Würden befindlicher Diplomat alle Behauptungen, auf die sich die französischen Forderungen wegen der Nichträumung von Köln, wegen der ewigen Kontrolle und wegen des Sicherheitspactes stützen, als unzutreffend bezeichnet hat. In Paris wird selbstverständlich behauptet, der Botschafter sei nicht an der Kontrolle beteiligt gewesen, sei auch kein Sachverständiger und könne also nicht mißsprechen; aber solche Bemerkungen entkräften die Darlegungen des amerikanischen Vertreters nicht. In seiner Botschaft in Berlin befanden sich natürlich auch sachverständige Offiziere, die über die militärischen Verhältnisse in Deutschland nicht weniger gut unterrichtet waren, als die Offiziere der Entente. Namentlich gilt das von der Organisation, dem Kommando und dem angeblichen Generalstab der Reichswehr, über die jeder Sachmann nach den vor-

liegenden allgemeinen Tatsachen urteilen kann. Er hat also Botschafter Soughton von den amerikanischen Offizieren die besten Informationen erhalten können, und auf Grund derselben wird er seine Äußerungen getan haben.

Sie sind von hervorragendem Werte für Deutschland, wenn es gilt, das Gutachten des Warshawski noch über den Kontrollbereich zu beantworten; sie sind von entscheidender Bedeutung für England, Italien und alle diejenigen Staaten, die den Pariser Vertrag zweifeln oder ablehnen gegenübersehen, und sie können auch von Frankreich und der kleinen Entente nicht ohne weiteres unbeachtet gelassen werden. Denn es ist sicher, daß der Botschafter die Regierung der Vereinigten Staaten in Washington über die Lage in Deutschland unterrichtet wird, und diese, wie die nordamerikanischen Finanzwelt werden gerade nicht freundlicher von Frankreich und seiner Friedensliebe denken. Da Botschafter Soughton seine Angaben noch dadurch bestärkt, daß er ein Wiederanfertigen Deutschlands zu einer militärischen Großmacht unter den Bestimmungen des Vertrages für ausgeschlossen bezeichnet, so wird die französische Angstmeierei vor einem deutschen Angriff direkt der Lächerlichkeit übergeben.

Deutschland und der Sicherheitspact.

Streisemann über die deutschen Vorschläge.

Ueber die Ausführungen, die der Reichsaussenminister Dr. Streisemann am Dienstag im Reichstag und am Mittwoch im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags über das deutsche Memorandum zur Frage des Sicherheitspactes gemacht hat, wird jetzt ein längerer Bericht der Öffentlichkeit übergeben, dem wir folgendes entnehmen:

Der Abdruck Frankreichs vor einem etwaigen deutschen Angriff, so völlig tödlich er uns erscheinen mag, beherzigt noch heute weite Kreise der französischen öffentlichen Meinung. Infolgedessen haben wir uns entschlossen, unter Bezugnahme auf die früher gemachten Vorschläge erneut unter-

Bereitswilligkeit zu einem Sicherheitspact

zu erklären. Unsere Botschafter und Gesandten in Paris London, Rom und Brüssel haben zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland bereit sei, einem Sicherheitspact der an Rhein interessierten Mächte beizutreten, sei es, daß es sich auf Abmachungen über Vermeidung des Krieges bezöge, sei es, daß er die Garantie des gegenwärtigen Bestandes am Rhein zum Gegenstand hätte. Dabei haben wir weiter betont, daß wir zur Vermeidung des deutschen Friedenswillens auch bereit seien, mit allen Staaten

Schiedsgerichtsverträge

zu schließen, wie wir dies beispielsweise mit der Schweiz und mit Schweden bereits getan haben.

Man hat mit Bezug auf diese deutschen Äußerungen, die in den Unterhaltungen unserer Missionen sehr dargelegt worden sind, von deutschen Vorschlägen in der Sicherheitsfrage gesprochen. Soweit darin zum Ausdruck kommen sollte, daß wir endgültig formulierte Vorschläge gemacht hätten, ist dieses Wort unzutreffend. Wohl aber haben wir die Grundgedanken unserer Äußerungen in einem kurzen Memorandum niedergelegt, das in den alliierten Hauptstädten übergeben worden ist.

Dieses Memorandum ist das, was in den Kommentaren der ausländischen Blätter als deutsche Vorschläge und was in den Reden des Herrn Reichskanzlers Dr. Luther wiederholt als die Bereitswilligkeit Deutschlands zu positiver Mitarbeit an der Lösung der Sicherheitsfrage bezeichnet worden ist.

Wir dürfen mit Genugtuung konstatieren, daß der deutsche Schritt eine verständnisvolle Aufnahme gefunden hat. Um so freudiger ist es, daß der deutsche Schritt zu wahren Profeten der Presse anderer Länder geführt hat. In all den Verhandlungen des Völkerverbundes, in all den Erörterungen über die Räumung der nördlichen Rheinlande ist immer nur von dem

angenehm bedrohten Sicherheit Frankreichs

die Rede gewesen. Wie wenig Deutschland auch auf anderen Gebieten beabsichtigt, eine aggressive Politik zu treiben, geht aus seiner Bereitschaft zu wachsenden Schiedsgerichtsverträgen mit allen anderen Ländern hervor.

In dem Memorandum vom September vorigen Jahres hat die deutsche Regierung den im Völkerverbund vertretenen Mächten von ihrer prinzipiellen Bereitschaft Kenntnis gegeben, dem Völkerverbund beizutreten. Trotz großer Widerstände der deutschen öffentlichen Meinung ist auch die heutige Reichsregierung der Auffassung, daß die Wahrung der Rechte deutscher Minoritäten in fremden Ländern und namentlich des Saargebietes Interessen Deutschlands in sich schließen, die es innerhalb des Völkerverbundes besser vertreten kann, als dies heute möglich ist.

Die Forderung Deutschlands, von diesen Verpflichtungen unter Umständen befreit zu bleiben, ist als Verlangen einer Vereinfachung bezeichnet worden. Wenn der Völkerverbund sein großes Ziel, das Ziel der allgemeinen Abrüstung, durchführt, kann die tatsächliche Gleichheit der Nationen erreicht werden. Heute muß sich Deutschland einer Verpflichtung versagen, die es mit der Kriegserklärung anderer Nationen bedrohen könnte; denn Deutschland ist nicht in

der Lage, auch nur seine Grenzen zu verteidigen. Gerade, weil Deutschland Frieden und wirtschaftlich gesunde Verhältnisse wünscht, kann es sein Gebiet nicht für einen Zuzug fremder Truppen hergeben, der vielleicht die Anarchie und den Bandenkrieg entfesseln würde, kann es bei dem heutigen Stand seiner Wehrmacht sich nicht an Sanktionsmaßnahmen beteiligen, und kann es sich nicht der Gefahr der Kriegserklärung einer anderen Macht ausliefern.

Die Präsidentschaftskandidaten.

Dr. Jarres - Marx - Helph - Braun - Thälmann.

Wenn sich auch aus begrifflichen Gründen die Presse in den letzten Tagen in der Frage der Präsidentschaftskandidaturen Zurückhaltung auferlegen mußte, so kommt doch die Meldung von der endgültigen Auffassung der Kandidatur Dr. Jarres durch den Loebell-Ausschuß und der Kandidatur Marx durch das Zentrum für den aufmerksamen Beobachter nicht überraschend. Es war von vornherein klar, daß die Kandidatur Dr. Gessler eigentlich von keiner Seite so ganz aufrichtig gewollt wurde. Die Parteidiplomaten der letzten Tage drehte sich im wesentlichen nur darum, welcher Partei die Verantwortung für das Scheitern der Sammelskandidatur zugeschoben werden sollte. Es ist daher auch vollkommen begrifflich, daß sich jetzt die Parteien gegenseitig beschuldigen, die Kandidatur Gessler hintertrieben zu haben. Ueber

die letzten Verhandlungen des Loebell-Ausschusses wird von diesem selbst eine Darstellung gegeben, in der erklärt wird, daß der Ausschuß am Donnerstag noch einmal mit Vertretern des Zentrums und der Demokraten verhandelte. Dann heißt es weiter:

Von der Zentrumsparlei für die diese Sitzung eine bestimmte Erklärung über die Teilnahme an einer gemeinsamen bürgerlichen Kandidatur in Aussicht gestellt. Diese Erklärung wurde auch in dieser Sitzung nicht abgegeben, obwohl die Verhandlungen des Ausschusses bereits am Freitag fertig waren und zwar deshalb, um dem Zentrum Zeit für seine Entscheidung zu lassen. Durch die Verögerung der Verhandlungen wurden sachliche Schwierigkeiten, die inzwischen für eine gemeinsame Kandidatur Gessler in vielen Kreisen mehrerer bürgerlicher Parteien aufgetreten waren, verstärkt.

Der Ausschuß hat dann, nachdem die Vertreter des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei auf eine weitere Teilnahme an den Beratungen verzichtet hatten, am 14. März abends einmütig beschlossenen Kandidat Jarres festgehalten. Oberbürgermeister Dr. Jarres hat die Kandidatur endgültig angenommen. Auch die Vertreter der Wirtschaftspartei haben sich ausdrücklich in den weiteren Verhandlungen dieser Kandidatur ausgesprochen.

Die Vaterliche Volkspartei, deren Vertreter wegen einer dringenden Reise nach München am Abschluß der Verhandlungen nicht mehr teilnehmen konnte, wird umgehend um Stellungnahme erlucht werden. Die in Betracht kommenden bürgerlichen Organisationen unterstützen gleichzeitig die Kandidatur Jarres.

Nach einer Mitteilung von Zentrumsseite hatte sich der Reichsparteivorstand des Zentrums bereits mit 18 gegen 6 Stimmen für die Kandidatur Gessler ausgesprochen. Dieser Beschluß ist aber dem Loebell-Ausschuß nicht mitgeteilt worden, angehend, weil man erst eine verbindende Erklärung des Ausschusses selbst erwartete. Die sachlichen Schwierigkeiten, von denen in der vorstehenden Mitteilung die Rede ist, bestanden vorwiegend darin, daß aus den Kreisen der Wählerföhrerschaft der in Frage kommenden Parteien zahlreiche Proteste gegen die Kandidatur Gessler eingelaufen waren, und daß außerdem

eine völlige Sondertandidatur angefordert wurde, die besichtigt lassen mußte, daß ein großer Teil namentlich der deutschnationalen Wähler abgewendet. Ob es jetzt noch zu dieser Kandidatur

Dr. Thompson's Seifenpulver

bequem sparsam

Überall zu haben